

DIE WIRTSCHAFT WÄCHST – DIE ARMUT AUCH

Die derzeitige Regierung propagiert immer wieder, daß die Wirtschaft im Aufschwung sei. Das bestätigt auch der IWF. Aber, so das IBGE - das brasilianische Statistikamt – , das Wirtschaftswachstum kommt nur einer Minderheit zu gute. Beispiel sind die Zahlen über die Entwicklung der extremen Armut. Diese ist – laut IBGE - im letzten Jahr um 11,2% gestiegen; 14,8 Millionen Einwohner müssen heute mit weniger als R\$ 136,00 pro Monat leben; das ist das von der UNO bestimmte Kriterium für extreme Armut. Der Hauptgrund für diese Situation ist die Arbeitslosigkeit, die laut IBGE, im Januar 2018, bei 12,2 % liegt, die höchste Quote seit 2012. Das sind mehr als 12,7 Millionen Arbeitssuchende. Dazu kommt, daß, laut IBGE, die Zahl der formellen Arbeitsplätze, mit legalem Arbeitsvertrag, immer weiter sinkt – ca. 2,5 % im letzten Quartal ; angesichts des Bevölkerungswachstums bedeutet das, daß immer mehr Leute, vor allem Jugendliche, nur mehr auf dem informellen Arbeitsmarkt oder als Autonome, d.s. vor allem Straßenhändler, Kleinstunternehmer, ihren Lebensunterhalt verdienen können. Laut IBGE, verliert Brasilien seit 2014 eine Million legale Arbeitsplätze pro Jahr, wobei die Zahl der informellen Arbeitsplätze im Rekordtempo wächst. Eine gefährliche Spirale – sagen die Experten, weil dadurch ja die Einnahmen der Sozialversicherungen sinken und deren Defizit und konsequenterweise das Budgetdefizit der Bundesregierung immer weiter explodiert. Das ist der Hauptgrund, warum die derzeitige Regierung verzweifelt versucht, eine radikale Reform der Pensionsversicherungen mit allen Mitteln durchzudrücken, die immer mehr Leute von Pensionen und Mindestrenten ausschließen würde.

Das würde vor allem für den Nordosten und Norden, die ärmsten Gebiete Brasiliens, katastrophale Folgen haben. Der Klimawandel hat für weite Teile des Nordostens Dürreperioden gebracht, das heißt weniger Ernten, weniger Einkommen. Man sagt, daß es hier noch nicht zu heftigen Unruhen, Plünderungen, Auswanderungen usw., wie früher in solchen Situationen, gekommen ist, weil die von der Regierung Lula eingeführten Sozialprogramme für viele Familien ein Grundeinkommen sichern; das sind vor allem das Programm Bolsa Familia und die Sonderpensionen für Bauern. Wohl auf Grund der befürchteten politischen Konsequenzen und der weltweiten Anerkennung, wurde das Programm Bolsa Familia noch nicht abgewürgt, aber budgetmäßig gekürzt, was zur Folge hatte, daß 2017 1,5 Millionen Familien, d.s. ca. 10%, die Unterstützung verloren haben.

In der Zeit der Regierung Lula's wurden sehr viele NGOs als Partner und Exekutoren der Regierungsprogramme engagiert, was sicher viel Einsparungen, mehr Effizienz und Transparenz gebracht hat. Heute werden diese NGOs, so sagt JACO, einer der Gründer und Leiter der NGO CAA – Centro de Assessoria do Assuruá, als Feinde der Regierung eingestuft. Eines der wichtigsten Programme im Nordosten war das Programm zur Konstruktion von Regenwasserzisternen für Familienkonsum und Produktion von Lebensmitteln, das von NGOs entworfen und dann ins Budget übernommen wurde. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Programms.



Von 2003 bis 2017 wurden im Sertão 1,2 Millionen Zisternen gebaut. Es wird geschätzt, daß im Nordosten noch ein Bedarf von ca. 350000 Zisternen für Konsum und 600000 für Produktion besteht. Das CAA hat erhoben, daß im Osten Bahias, wo 4200 Zisternen gebaut wurden, noch ein Bedarf von ca. 2500 Zisternen besteht. Die budgetäre Situation ist jedoch trostlos: im Jahre 2017 wurden noch 428

Millionen Real im Budget vorgesehen; für das Jahr 2018 nur mehr 20 Millionen, eine Reduktion von 92%. Im Jahre 2013 hat die ASA – Articulação do Semi-Árido – das Netzwerk von mehr als 100 NGOs, die am Projekt beteiligt waren, ca. 1 Milliarde Real für das Programm verwaltet. Heuer praktisch null. Diese Summe hat, neben der Wasserversorgung, früher sowohl die Existenz einer großen Zahl von NGOs mit vielen engagierten und ausgebildeten Mitarbeitern gesichert, als auch Arbeit und zusätzliches Einkommen für viele Dorfbewohner bedeutet, da ja das Programm voll mit lokalen Ressourcen ausgeführt wurde.

Am konkreten Beispiel CAA: Im Jahre 2013 hat der Verein 16 Sozialprojekte mit ca. 110 Mitarbeiter-innen durchgeführt, heuer werden es nur mehr 4 Projekte mit 34 Mitarbeiter-innen sein; 2013 war das Budget des Vereins noch ca. 20 Millionen Real, heuer werden es 4 Millionen sein.

Eine sehr negative Maßnahme war die Abschaffung des Ministeriums für familiäre Landwirtschaft – MDA –, eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung. Dadurch wurden die meisten spezifischen Programme für die familiäre Landwirtschaft abgeschafft oder dem Agrarministerium untergeordnet, dessen Priorität natürlich die großflächige, exportorientierte Bewirtschaftung ist. Das Budget des diesem Ministerium untergeordnete SEKRETARIATS FÜR FAMILIÄRE LANDWIRTSCHAFT – SEAD - wurde für 2018 um 71 % gekürzt; das Budget des Ministeriums für soziale Entwicklung – MDS – gar um 99 %.

In Bahia besteht bis jetzt noch eine privilegierte Situation, weil die von PT dominierte Landesregierung versucht, mit eigenen Mitteln einige Programme weiterzuführen. Dazu gehört zum Beispiel das Programm für technische Assistenz für familiäre Bauernbetriebe, das früher von der Bundesregierung, heute jedoch nur vom Bundesstaat Bahia finanziert und zum Großteil von NGOs, wie dem CAA, durchgeführt wird.

Ein weiteres Programm, das von der derzeitigen Regierung abgewürgt wird, ist die Agrarreform. Das Budget des verantwortlichen Amtes – das INCRA – wurde praktisch auf Null gesetzt. Eine Konsequenz im lokalen Bereich: Es gibt im Gebiet um Irecê und Chapada ca. 1600 Bauernfamilien in Ansiedlungsprojekten, deren agrartechnische Assistenz dem CAA überantwortet wurde. Laut CAA ist die Arbeit blockiert, weil das INCRA nicht einmal das Geld hat, um ihre Techniker zur Begleitung der Projekte aufs Feld zu schicken.

Ein weiteres Element zur Charakterisierung der derzeitigen Regierung liegt im Bildungsreich. Da wurden im Kurrikulum der Schulen einige kleine, aber signifikante Änderungen vorgenommen: Materien wie Geschichte Afrikas, Geschichte der Sklaverei, Philosophie, Soziologie u.ä. wurden aus der Liste der vorgeschriebenen Materien gestrichen; die sind jetzt nur mehr freiwillig.

Die derzeitige Regierung konnte die PT-Regierung natürlich nur mit Hilfe der Unterstützung und vor allem Finanzierung von bestimmten Gruppen der Gesellschaft – das sind Unternehmer, Großbauern, Banken – stürzen; und nun muss sie deren Anforderungen und Agenda umsetzen. Mehrere große Reformen wurden schon im von diesen Gruppen heute beherrschten Parlament durchgesetzt. Zum Beispiel, ein Gesetz zur Beschränkung der Staatsausgaben, so gebaut, daß vor allem im öffentlichen Gesundheitsprogramm – o SUS – und im öffentlichen Bildungswesen, laut aller Voraussagen, das Geld ausgehen wird; weiters, die Reform der Arbeitsgesetze, die grundsätzlich besagt, daß Kollektivverträge über dem Gesetz stehen; Kollektivverträge, die angesichts der großen Arbeitslosigkeit natürlich von den Arbeitgebern diktiert werden. Die Pensionsreform wurde vorläufig verschoben, weil die Abgeordneten die politischen Konsequenzen in einem Wahljahr fürchten.

Man kann sich vorstellen, daß auch die Privatisierung zum Programm dieser Regierung gehört. Da geht es vor allem um die PETROBRAS, d.h. in Wahrheit, um die großen Erdölreserven im Meer vor der Atlantikküste. Während die Gesetzgebung in der Regierung Lula`s bestimmt hatte, daß die PETROBRAS voll für die Ausbeutung der Erdölfelder verantwortlich ist und der Gewinn zum Großteil für Staatsausgaben für Gesundheit (SUS) und Bildung gewidmet war, wird nun die Ausbeutung für die internationalen Ölmultis geöffnet, sodaß die Gewinne ins Ausland fließen. Das ist ein klares Zeichen für die internationale Einmischung, vor allem der Vereinigten Staaten, beim Sturz der PT-Regierung.

April 2018

Artikel ausgearbeitet von Reiner Tomaselli unter Mitarbeit von Leonardo Tomaselli